

# Menschenrechtsorganisationen warnen nach zehn Jahren EU-Türkei-Deals vor weiteren Abkommen mit Drittstaaten

RSA, PRO ASYL und TdH

*Menschenrechtlich katastrophale Bilanz – auf beiden Seiten der Ägäis*

**Der am 18. März 2016 unterzeichnete EU-Türkei-Deal gilt als erster Versuch der Europäischen Union, Asylsuchende noch vor der inhaltlichen Prüfung ihres Asylantrags in einen vermeintlich sicheren Drittstaat außerhalb der EU abzuschicken. Im Rahmen der Vereinbarung sollten alle neu auf den griechischen Inseln ankommenden Asylsuchenden direkt von dort in die Türkei abgeschoben werden. Tatsächlich wurden nur 2.253 Personen im Rahmen des Deals abgeschoben, seit März 2020 akzeptiert die Türkei keine Abschiebungen mehr.**

In Griechenland führte der Deal dazu, dass Zehntausende Asylsuchende jahrelang in Elendslagern auf den griechischen Inseln festsaßen. Sinnbildlich dafür steht das Lager Moria auf der Insel Lesbos, in dem zeitweise mehr als 12.000 Geflüchtete in slumähnlichen Zuständen lebten. Obwohl Abschiebungen in die Türkei schon frühzeitig nicht mehr möglich waren, verweigerte die griechische Asylbehörde den Schutzsuchenden weiterhin eine inhaltliche Prüfung ihres Asylantrags. Erst seit einem EuGH-Urteil von Oktober 2024, das Anwält\*innen von Refugee Support Aegean (RSA) erstritten haben, verweist die griechische Asylbehörde Schutzsuchende nicht mehr auf die Türkei und führt ein reguläres Asylverfahren durch.

Im Gegenzug dafür, dass die Türkei Asylsuchende von den griechischen Inseln zurücknahm, hat die EU dem Land seit 2011 insgesamt 12,5 Milliarden Euro für die Versorgung und Aufnahme von Geflüchteten zur Verfügung gestellt. Davon sind 878 Millionen in das sogenannte Grenz- und Migrationsmanagement geflossen. Als „Türsteher“ der EU hat die türkische Regierung diese Gelder genutzt, um eine gigantische Haft- und Abschiebemaschinerie aufzubauen und die



eigenen Außengrenzen zu Syrien und Iran hermetisch abzuriegeln. Spezielle Polizeieinheiten machen an mobilen Checkpoints Jagd auf Geflüchtete und inhaftieren sie massenhaft. Regelmäßig gibt es aus den überfüllten Abschiebehafteinrichtungen<sup>1</sup> Berichte über menschenunwürdige Bedingungen, Misshandlungen und Fälle, in denen Geflüchtete gezwungen werden, einer „freiwilligen“ Rückkehr zuzustimmen. Die Türkei schiebt laut PRO ASYL

<sup>1</sup> <https://shorturl.at/gXk3B>

in großem Stil auch in Länder wie Syrien und Afghanistan ab.

Die Kinderrechtsorganisation Terre des Hommes hat zur Lage in der Türkei ein ausführliches aktuelles Bulletin<sup>2</sup> veröffentlicht. Die Türkei sei eines der wichtigsten Aufnahmeländer für Kinder und Familien auf der Flucht. Doch die Bedingungen vor Ort sind äußerst schwierig: Viele dieser Kinder müssen arbeiten, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Zusammen mit ihren Familien können sie willkürlich inhaftiert und in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen Gewalt und Folter drohen – auch gegen internationales Recht. Ein weiteres Problem ist, dass Kindern und Familien ihre Registrierung häufig willkürlich entzogen oder nicht verlängert wird. Dadurch können Kinder etwa von einem Tag auf den anderen nicht mehr zur Schule gehen oder erhalten keine lebenswichtigen Medikamente mehr.

### Hintergrund

Anfang Februar 2026 wurden mit den Stimmen der Europäischen Volkspartei und der extremen Rechten die gesetzlichen Regelungen in Bezug auf Drittstaatenmodelle verschärft<sup>3</sup>. Mit Anwendung der GEAS-Reform ab Juni 2026 haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Schutzsuchende zur Durchführung ihres Asylverfahrens in Länder außerhalb der EU abzuschicken, selbst wenn diese keinerlei Verbindung zu diesem Land haben. Dies wird in Anlehnung an den gescheiterten Versuch der britischen Regierung, Asylsuchende nach Ruanda abzuschicken, auch als „Ruanda-Modell“ bezeichnet. Entsprechende Vereinbarungen mit Drittstaaten existieren bislang nicht.

PRO ASYL hat 2024 für eine Sachverständigenanhörungen des Bundesinnenministeriums zu solchen Drittstaatenmodellen im Juni 2024 in einer Stellungnahme<sup>4</sup> ausführlich dargelegt, warum diese grundsätzlich abzulehnen sind.

Mehr Informationen:

Refugee Support Aegean <https://rsaegean.org/en/>,

PRO ASYL <https://www.proasyl.de>,

Terre des Homes <https://www.tdh.de/>

<sup>2</sup> <https://shorturl.at/7dPZX>

<sup>3</sup> <https://shorturl.at/o7rXK>

<sup>4</sup> <https://shorturl.at/XSivp>



### Das „Book of Shame“ („Buch der Schande“) und die UNFAIR-Kampagne von „Refugees in Libya“

„Dieses Buch entstand aus Wut, aus Trauer und aus der Weigerung, zu schweigen. Es entstand aus dem Verrat, den wir miterlebt und erlebt haben – nicht nur durch Milizen, Menschenhändler und Regierungen, sondern auch durch genau die Institution, die behauptete, Schutz zu bieten. Das Buch der Schande ist nicht neutral. Es ist nicht ausgewogen. Es ist das, was gesagt werden muss, von denen, die zu lange ignoriert wurden. (...) Möge es eine Waffe sein, eine Aufzeichnung, ein Feuer. Möge es das Schweigen verbrennen. Und möge es den Boden bereiten, damit etwas Gerechtes wachsen kann.“

Das „Buch der Schande“, das am 12. September 2025 von „Refugees in Libya“ erstmals während einer Pressekonferenz vor dem Hauptsitz des UNHCR vorgestellt wurde, basiert auf Hunderten von persönlichen Zeugenaussagen.

Das „Book of Shame“ kann auf der Website von „Refugees in Libya“ heruntergeladen und für eine Spende von 25 EUR (oder gern auch mehr) erworben werden: <https://www.refugeesinlibya.org/book-of-shame>